

BARBARA OERTEL ÜBER DAS AUSSENMINISTERTREFFEN UND DEN DONBASS-KONFLIKT

Hoffnung in der Offensive

Angesichts täglicher Schreckensmeldungen aus dem Osten der Ukraine ist die Neuaufgabe des Außenministertreffens in Berlin ein kleiner Hoffnungsschimmer. Doch auch diese diplomatischen Bemühungen werden wieder ins Leere laufen, wenn nicht alle beteiligten Konfliktparteien wirklich dazu entschlossen sind, dem wahnsinnigen Morden ein Ende zu bereiten.

Genau das darf bezweifelt werden. Die Forderungen von Russlands Außenminister Sergej Lawrow, die Kämpfe einzustellen und die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, sind nichts weiter als hohles Geschwätz. Denn meinte es Lawrow ernst, würde der Kreml endlich aufhören, die prorussischen Kämpfer in Donezk und Lugansk mit Waffen und Kanonenfutter zu unterstützen. Und ebendie Minsker Vereinbarungen unterzeichnen. Womit allerdings die Mär, Russland sei keiner der Hauptakteure in diesem Krieg, vom Tisch wäre.

Auch die jüngsten Großoffensiven der ukrainischen Armee im Osten des Landes, verbunden mit einer Teilmobilisierung, signalisieren nicht gerade einen Willen zum Frieden. Dabei steht der ukrainische Präsident Petro Poroschenko unter großem Druck. Nicht nur, dass mit Arsenij Jazenjuk ein Mann die Regierungsgeschäfte führt, der für eine militärische Lösung des Konflikts eintritt. Auch von Seiten der Gesellschaft werden Forderungen laut, mit aller Härte gegen die sogenannten Separatisten im Donbass vorzugehen.

Und so sollte von dem jüngsten internationalen Vorstoß nicht zu viel erwartet werden. Dabei wäre ein Erfolg wichtiger denn je. Eine Bombenexplosion mit über einem Dutzend Verletzten in der ostukrainischen Metropole Charkow vor einigen Tagen könnte ein Vorbote dafür sein, dass sich der Konflikt ausweitet. Man will sich gar nicht ausmalen, was das bedeuten würde.

Ausland SEITE 11

MALTE KREUTZFELDT ÜBER DIE FRAGWÜRDIGE BIBLIS-STILLEGUNG

Parteitaktik statt Aufklärung

Es sind dramatische Vorwürfe, die im Raum stehen. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier und der damalige Kanzleramtsminister Ronald Pofalla haben, so legen es Briefe nahe, dem Energiekonzern RWE im Jahr 2011 eine wichtige Grundlage für seine Schadenersatzklagen wegen der Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis geliefert. Ein solcher Deal zwischen Politik und Wirtschaft zulasten des Steuerzahlers wäre ein Skandal, der seinesgleichen sucht.

Angesichts dieser Dimension fällt die politische Reaktion erbärmlich aus. Die hessischen Grünen erklären den Vorgang für „irrelevant“ und vermeiden jeden Vorwurf gegen Volker Bouffier – schließlich sind sie sein Juniorpartner in der schwarz-grünen Landesregierung. Und auch auf Bundesebene nutzen die Grünen den Skandal bei ihrem Kernthema nicht, sondern halten sich mit Rücksicht auf die hessische Koalition auffällig zurück.

Statt nach Hessen wollen die Grünen den Blick lieber nach Berlin richten. Das ist zwar sinnvoll, auch weil rund um die AKW-Stilllegung offenbar viele Fäden vom Kanzleramt aus gezogen wurden. Ein Ersatz für die Aufklärung in Hessen ist das aber nicht.

Die SPD wiederum drängt zwar in Hessen, wo sie in der Opposition sitzt, auf Aufklärung. Im Bund scheint ihr Interesse an einem Untersuchungsausschuss, der sich gegen den dortigen Koalitionspartner richtet oder finanzielle Folgen für den Bund haben könnte, hingegen gering zu sein.

Ein solches parteitaktisches Vorgehen ist absolut inakzeptabel. Es wäre skandalös, wenn die im Raum stehenden Vorwürfe gegen die Union aus Gründen der Koalitionsrason bei SPD und Grünen unaufgeklärt blieben. Das bei vielen Menschen ohnehin angeknackste Vertrauen in die Politik würde schweren Schaden nehmen.

Wirtschaft + Umwelt SEITE 9

Angesichts der Dimension des Atomskandals fällt die politische Reaktion erbärmlich aus

PETER PHILIPP ZUR UNÜBERSICHTLICHEN LAGE IM JEMEN

Vorteil für Teheran

Verworrerener könnte die Lage im Jemen kaum sein: Der Vormarsch schiitischer Huthi-Milizen geht weiter, in der Hauptstadt Sanaa haben sie mittlerweile sogar das Präsidentenpalais unter Kontrolle, die Macht übernehmen wollen sie aber angeblich nicht. Gleichzeitig stehen die Zaiditen – so der eigentliche Name der jemenitischen Schiiten (knapp 40 Prozent der 25-Millionen-Bevölkerung) – in offener Konfrontation mit „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“, dem vielleicht radikalsten Zweig dieses Terrornetzwerks; sie sind gegen den Einfluss der USA und waren wiederholt in Kämpfen mit dem Nachbarn Saudi-Arabien verwickelt.

All dies hätten die Huthi kaum überstanden, wenn sie nicht verdeckt vom Iran unterstützt würden. Teheran und die Führer der Huthi demütigen dies zwar, aber jemenitische Regierungstellen haben in der Vergangenheit wiederholt iranische Waffenlieferungen an die Huthi gemeldet.

Zudem halten sich Gerüchte, dass die Rebellenmiliz von einem General der iranischen Revolutionsgarden angeführt werde. Das passt zur regionalen Strategie Teherans: Der Iran unterstützt die schiitisch geführte Regierung in Bagdad gegen den sunnitischen „IS“; auch der (schiitennahe) Alawit Assad wird von Teheran unterstützt; genauso wie die schiitische Hisbollah im Libanon und – zumindest verbal – die Schiiten in Bahrain. All dies im Konkurrenzkampf mit dem sunnitischen Saudi-Arabien um Macht und Einfluss in der Region.

Dem saudischen Königreich stehen ungewisse Zeiten bevor: Wo immer in der Region es seinen Einfluss auszudehnen suchte, scheint der Iran ihm zugekommen zu sein, der greise König Abdullah ist wieder einmal erkrankt, die Amerikaner verhandeln mit Teheran, und jetzt könnten auch im südlichen Nachbarland Jemen neue Wolken aufziehen.

Der Tag SEITE 2



Wozu Dialog?

PEGIDA Politische Bildung ohne Haltung normalisiert den rassistischen Diskurs. Dabei ist Widerspruch das Gebot der Stunde

In Dresden werden die Probleme der politischen Kultur in Sachsen in diesen Tagen besonders schmerzhaft deutlich. Letzter Skandal war die Bereitstellung von Räumen der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) für die Pressekonferenz der Pegida-Organisator_innen.

Bundesweit war (mindestens) den meisten Akteur_innen der politischen Bildung sofort klar: Hier wurde eine rote Linie überschritten. Der Direktor der SLpB, Frank Richter, hatte der Gruppe einen Rahmen verschafft, in welchem sie unwidersprochen chauvinistische Parolen (unter anderem „die momentan gängige, unkontrollierte quantitative Zuwanderung“) verkünden konnte, und ihr damit zu einem Anschein von Legitimität und Normalität verholfen.

Rassisten setzen auf Monolog

Was seiner brandenburgischen Kollegin die Schamesröte ins Gesicht trieb, ficht Christian Piwarz, MdL der sächsischen CDU, nicht an. Er teilt mit, man sollte der SLpB „danken, weil so ein erster kleiner Schritt zum Dialog sowie für mehr Verständnis für politische Sachverhalte und Demokratie angeschoben wurde“. Einzelne Politikwissenschaftler und viele Kommentare im Netz reagieren ähnlich und weisen Kritik am Vorgehen vehement zurück. Dies verweist uns auf ein Bündel von Irrtümern und Fehleinschätzungen.

Der erste Irrtum ist die Interpretation der Pegida-Pressekonferenz selbst: Pressekonferenzen, in denen deren einseitige ungefilterte Sicht vorgetragen wird, sind eben keine Form von Dialog im Sinne des Auftrages politischer Bildung. Die Landeszentrale ist für diese Art unwidersprochener Verkündung der falsche Ort.

Ein weiterer Irrtum liegt in der Annahme, mit der unmittelbaren Anhängerschaft der Pegida sei derzeit ein Dialog möglich. Es ist in den letzten Wochen in allen möglichen Medien belegt worden, wie wenig Bereitschaft zum Hinterfragen, Zuhören – eben zu Dialog – vorhanden ist, wie hermetisch deren Weltbilder sind. Den Montags-Marschierenden geht es nicht um Dialog, sondern um wechselseitige Bestätigung in der Masse, um die Verschlebung der gesellschaftlichen Stimmung, um eine Anerkennung ohne Kritik und Zweifel. Für einen politischen Dialog sind sie im Moment die falsche Adresse.

Ein dritter Irrtum liegt im Gejammer, man wolle doch Dialog, aber keinen Streit und keine Ausgrenzung der montags Demonstrierenden mit ih-

ren „Ängsten und Sorgen“. Wer sich aber mit seinen Überzeugungen in den öffentlichen Raum begibt, der muss Kritik, Widerspruch und auch Streit aushalten und nicht als Zensur absichtlich missverstehen. Die Anhängerschaft von Pegida kann und will keinen Widerspruch aushalten, verzerrt die Auseinandersetzung (Transparente, Gegenkundgebungen oder Sprechchöre) als „Verbot“ und inszeniert sich als Opfer von Unterdrückung. Und alle, die Streit und Abgrenzung ablehnen, helfen ihnen dabei.

Eine fatale Fehleinschätzung ist die Beschreibung der Pegida als „normale Bürgerinnen und Bürger“ oder gar „das Volk“. Normal sind sie im Sinne der weiten Verbreitung rassistischer Ressentiments. Dies zur Normalität im politischen Diskurs zu machen, ist ein brutaler Fehler. Und „Wir sind das Volk“ sagt mehr über ihre Imagination eines homogenen Volkswillens als über ihre gesellschaftliche Rolle.

Letzter Irrtum ist die offensichtliche Fehleinschätzung, wer in Dresden in Not ist, wessen Ängsten (auch) durch politische Bildung Gehör verschafft werden muss.

Opferberater_innen und Selbstvertretungsverbände von Migrant_innen berichten über eine Zunahme rassistischer Angriffe in Dresden – auch im Anschluss an Pegida-Aufmärsche. Dafür scheint Richter blind zu sein, diese Perspektive fehlt bei den Veranstaltungen der SLpB der letzten Wochen.

Hinter diesen Irrtümern liegt der Unwillen oder die Unfähigkeit, das Wesen der Pegida zu erkennen und sich klarzumachen, wie sich ein Umgang

ohne strikte Abgrenzung von ihren politischen Positionen auswirkt.

Die Fehler von Frank Richter

Die Äußerungen Lutz Bachmanns und seines Umfeldes auf Kundgebungen und im Netz beschwören Feindbilder und befeuern Ressentiments. Wir haben es in Dresden derzeit mit einer aggressiven Gruppe zu tun, die ihre Antworten schon gefunden hat und diese Woche für Woche wiederholt. Der Kern ihrer Antworten, ihre grundlegende Haltung, ist nationalistisch, völkisch, rassistisch, chauvinistisch und schürt Angst. Ein unmittelbarer Dialog mit Pegida wertet diese auf und bringt keine – gute – Veränderung im demokratischen Klima und Alltag. Die angemessene Reaktion ist deshalb nicht Verständnis, sondern Abgrenzung und ein widersprechender Mund.

Richter indessen hatte, von allen Seiten gelobt, eine Arbeitsgruppe in Dresden moderiert, die Gedenk- und Protestformen anlässlich der Jahrestage der Bombardierung am 13./14. Februar 1945 diskutieren sollte. Allerdings hatte er auch schon am 3. Dezember unter dem Titel „Wie verteidigen wir das Abendland?“ ohne Distanz das Vokabular des rechten Montagsaufstandes übernommen und deren Organisator_innen auch noch eingeladen – nur dass die absagten.

Insofern ist die Landeszentrale vielleicht wirklich überfordert, mit dem Phänomen dieser neurechten Bewegung umzugehen. Aber Richter und die SLpB sind nur ein Symptom für den Zustand vieler politischer Institutionen und Akteur_innen, die sich auf das scheinbar neutrale Moderieren politischer Interessen zurückziehen, ohne eine eigene Haltung zu entwickeln, ohne Position zu beziehen.

Es wird natürlich in den kommenden Monaten öffentliche Diskussionen im Sinne politischer Bildung geben, die auf die Phänomene regieren. Natürlich steht vor uns die Aufgabe, wieder und wieder ganz basale Grundlagen demokratischer Kultur im Dialog zu verdeutlichen. Wir müssen dabei auch Menschen erreichen, denen die Themen von Pegida anschlussfähig erscheinen. Dafür gibt es allerdings einen Rahmen.

Politische Bildung hat den Auftrag menschenrechtsorientierter Demokratiebildung. Deshalb darf sie keine Plattform für menschenverachtende, Grundrechte negierende Propaganda sein. Wenn Dialog zu mehr Demokratie führen soll, ist Widerspruch notwendig.

STEFAN SCHÖNFELDER

In Dresden nehmen die rassistischen Angriffe zu – auch im direkten Anschluss an Pegida-Aufmärsche

Stefan Schönfelder

■ lebt seit 1986 in Dresden. Seit 1999 arbeitet er für Weiterdenken, die sächsische Heinrich-Böll-Stiftung. Seit 2007 ist Schönfelder deren Geschäftsführer. Zuvor war er in der Umweltbewegung der Wendezeit aktiv.



Foto: privat